



Hebammen-Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Geschäftsstelle: c/o I. Mollnar – Meixnerstraße 2 – 67549 Worms
Mail: 1.vorsitzende@hebammen-rlp.de
Telefon: 01511 9332022
www.hebammen-rlp.de

Sprechzeiten in der Geschäftsstelle:
Dienstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstags von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Presseerklärung des Hebammenlandesverbandes Rheinland – Pfalz

Mehr Hebammen für RLP - woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Es soll mehr Hebammenstellen in den Rheinland-Pfälzischen Geburtshilfekliniken geben. Ist das nicht eine wunderbare Neuigkeit?

Wer genauer hinschaut sieht: das Gesetz soll im November erst durch den Bundesrat verabschiedet werden. Es liegt also noch in den Wehen.

Wer noch genauer hinschaut sieht, dass die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe und der deutsche Hebammenverband als wichtige Fachverbände bereits vor 4 Wochen kritisiert haben, dass die im Gesetzesvorschlag stehenden Maßnahmen unzureichend sind. Es sind viel zu wenig Hebammenstellen, um die personelle Unterversorgung in den Kreißsälen auch nur ansatzweise zu beheben. Das gilt bundesweit und insbesondere auch für RLP!

Das IGES Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit von 2019 zeigt, dass schon jetzt ca. 18% der freien Stellen bundesweit nicht besetzt werden können (s. *IGES 2019: stationäre Hebammenversorgung - Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit, S 194 ff*). Das gilt auch für RLP. Stellenanzeigen in Fachzeitschriften, Tageszeitungen und digitalen Medien bleiben erfolglos.

Dazu kommt ein eklatanter Mangel an Hebammen in der außerklinischen Versorgung mit Hebammenhilfe, allem voran der Wochenbettbetreuung. Im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist das seit Jahren bekannt. Dort wurde im Jahr 2018 ein Hebammenmangel von 59 Hebammen für das Jahr 2025 errechnet. Um diesem zu begegnen, sollten die Ausbildungszahlen für Hebammen angehoben werden - schrittweise von 120 auf 152. Gelegentlich wurde sogar von 185 Ausbildungsplätzen berichtet. Warum auch immer stagnierten diese Ausbildungszahlen jedoch.

Nun muss man wissen: die Hebammenausbildung verändert sich gerade. Sie wird an die Hochschulen überführt werden. Grund dafür ist das im November 2019 durch den Bundesrat verabschiedete Hebammengesetz. Dieses Gesetz erfüllt die längst überfällige Forderung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zum Hebammenstudium endlich auch in Deutschland. Das ist gut so.

Hochschulplätze kosten Geld. Die Landesregierung plant – so erfuhr es der Hebammenlandesverband RLP bei einem Gespräch im Februar - 40 Hochschulplätze für Hebammen pro Jahr ab dem Wintersemester 2021. Das ist zu wenig! Diese Zahl kann die bestehenden Personalnöte nicht beheben.

Zur Fachkräftesicherung braucht es nicht nur schöne Pressemeldungen, sondern entsprechend Geld für eine qualitativ gute EU-gemäße Ausbildung!

Der Hebammenlandesverband fordert deshalb die sofortige Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel in den Nachtragshaushalt 2021 zur Erhöhung der Studienplatzangebote um mindestens weitere 40 Studienplätze für Hebammen!

Die mangelnde Bereitstellung und Finanzierung einer ausreichenden Anzahl von Studienplätzen wird zu einer nachhaltigen Zementierung und Verschärfung des Fachkräftemangels im Bereich der Gesundheitsleistungen Hebammenhilfe und Geburtshilfe führen. Dies wird insbesondere zu Lasten der Frauen und der Kinder gehen, die dieser Gesundheitsleistungen bedürfen.

Die Entscheidung für einen großzügigen Ausbau an Studienkapazitäten ist eine Entscheidung für die zukünftige Sicherstellung der Gesundheitsleistungen Geburtshilfe und Hebammenhilfe.

Ingrid Mollnar, 24.09.2020

Vorsitzende Hebammenlandesverband RLP e.V.

Der Hebammenlandesverband RLP e.V. ist einer von 16 Landesverbänden im Deutschen Hebammenverband. Wir vertreten die beruflichen und politischen Interessen von angestellten sowie freiberuflichen Hebammen, der Lehrerinnen für Hebammenwesen und Hebammschülerinnen. Insgesamt haben wir ca. 960 Mitglieder in 11 Kreisverbänden. In unserem Berufsverband setzen wir uns gemeinsam mit anderen Organisationen für die Belange von werdenden Müttern und ihren Familien ein.